



# Stadt Kamen

Der Bürgermeister

Fachbereich Innerer Service

**Vorlage**

**Nr. 119/2005**

vom: 30.11.2005

## Beschlussvorlage

öffentlich

TOP-Nr.	Beratungsfolge
	Haupt- und Finanzausschuss Rat der Stadt Kamen

Bezeichnung des TOP

Stellenplan für das Jahr 2006

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung über die bereits mit einem „k.w.-Vermerk“ versehenen Stellen hinaus jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.
2. Dem vorgelegten Stellenplan 2006 wird zugestimmt.

### **Sachverhalt und Begründung (einschl. finanzielle Möglichkeit der Verwirklichung):**

Der Stellenplan bildet die Grundlage für die Personalwirtschaft der Kommune. Mit der Ressource „Personal“ wird ein nicht unerheblicher Teil der Haushaltsmittel gebunden, so dass der Stellenplan in den Haushaltsplanberatungen naturgemäß eine zentrale Position einnimmt. Insbesondere unter dem Aspekt, mögliche Einsparungspotentiale aufzuzeigen, erhält der Stellenplan besondere Aufmerksamkeit.

Gleichzeitig muss aber berücksichtigt werden, dass die Personalausgaben im Rahmen des Dienstleistungsanspruchs der Verwaltung eine unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren der Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger darstellen. Aufgrund neuer Aufgaben und dadurch steigender Anforderungen, hier sind die Auswirkungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes mit der Notwendigkeit zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle zu erwähnen, hat der Rat die Verwaltung bereits im laufenden Jahr 2005 mit zusätzlichen Stellen ausgestattet und den Stellenplan erweitert. Für das Jahr 2006 ist eine Erweiterung um 4 Stellen erforderlich. Zusätzliche Anforderungen durch NKF oder die Einrichtung einer Sammelstelle für Elektro- und Elektronikgeräte konnten durch interne Konsolidierungsmaßnahmen und weitere Aufgabenverdichtungen aufgefangen werden. Die Umsetzung europäischer Rechtsprechung zur Arbeitszeit hat jedoch zu einer notwendigen Erweiterung um 4 Stellen im Bereich des Rettungsdienstes geführt. Diese Erweiterung kann auch durch weitere Optimierungsmaßnahmen an der Feuer- und Rettungswache nicht kompensiert werden.

Mit der Einsparung von 94 Planstellen seit 1995 wird ein erheblicher Konsolidierungsbeitrag geleistet. Die seit 1995 erzielten Einsparungen summieren sich mittlerweile auf etwa 30 Mio. €

Diese Zahlen belegen, dass gerade die Personalkosten immense Konsolidierungsmöglichkeiten für den kommunalen Haushalt beinhalten. Bislang konnten diese genutzt werden, ohne das funktionierende System „Verwaltung“ zu gefährden. Diesem Grundsatz soll auch in den kommenden Jahren gefolgt werden, wenn auch die Haushaltssituation weiterhin konsequente Maßnahmen erfordert. Im Stellenplan 2006 sind 19 Planstellen neu mit einem „k.w.-Vermerk“ (künftig wegfallend) versehen worden. Insgesamt tragen nunmehr 28 Planstellen diesen Vermerk. Hiermit wird zum Ausdruck gebracht, dass bei einer entsprechenden Vakanz dieser Stellen keine Nachbesetzung erfolgen wird, wobei einige Vermerke erst mittelfristig greifen werden. Im Jahr 2003 hat die Verwaltung damit begonnen, dieses Instrument für vorausschauende Konsolidierungsmaßnahmen zu nutzen. Seitdem wurden bereits 22 mit einem „k.w.-Vermerk“ versehene Stellen eingespart.

In 2005 haben sich die Tarifvertragspartner im öffentlichen Dienst darauf verständigt, die bisherige Trennung von Angestellten und Arbeitern aufzugeben. Damit werden die einschlägigen Tarifverträge, Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) bzw. Bundesmanteltarifvertrag für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe (BMT-G) unter dem neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vereint. Künftig sind damit im öffentlichen Dienst „Tariflich Beschäftigte“ und Beamte tätig.

#### **Planstellenvergleich zum Vorjahr:**

	<b>01/2005</b>	<b>07/2005</b>	<b>2006</b>
<b>Angestellte</b>	<b>213</b>	<b>211</b>	
<b>Arbeiter</b>	<b>95</b>	<b>95</b>	
<b>Beamte</b>	<b>139</b>	<b>139</b>	<b>138</b>
<b>Tariflich Beschäftigte</b>			<b>311</b>
<b>Gesamt</b>	<b>447</b>	<b>445</b>	<b>449</b>

Die Personalaufwendungen sind in 2006 mit 24,2 Mio. € veranschlagt. Der vergleichbare Ansatz lag in 2005 bei 23,9 Mio. €. Der Anstieg wird durch Mehraufwendungen im Bereich der Altersteilzeit sowie der Pensionsrückstellungen ausgelöst.

Der Personalrat wurde im Rahmen des LPVG angehört, die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen des LGG beteiligt.